2019

Dokumentation
13. Konferenz des MIGRANET-MV
Schwerin
18.-19.05.2019

MIGRANET-MV
c/o FABRO e.V.
Waldemarstraße 33
18057 Rostock

Inhalt

Begrüßung und Grußwort der Landeshauptstadt Schwerin - Herr Andreas Ruhl Dezernent für Jugend, Soziales und Kultur 2

Begrüßung durch Herrn Imam-Jonas Dogesch, Sprecher des Netzwerks MIGRANET-MV 9

10 Jahre MIGRANET-MV: eine Bilanz 9

Grußwort der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung MV , Frau Stefanie Drese 14

Grußwort des Eine-Welt- Landesnetzwerks Mecklenburg-Vorpommern, Herr Patrice Jaeger, Bildungsreferent 20

Schriftliches Grußwort der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 23

Schriftliches Grußwort des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat am 18./19.5.2019 in Schwerin von Staatssekretär Dr. Markus Kerber anlässlich des 10-jährigen Jubiläums (verlesen von Frau Inna Kirsanova) 25

Schriftliches Grußwort der Stiftung Nord-Süd-Brücken von Geschäftsführer Herr Andreas Rosen anlässlich des 10-jährigen Jubiläums (verlesen von Frau Inna Kirsanova) 27

Resolution MIGRANET-MV: für ein Europa der Solidarität, des Pluralismus und der Menschenrechte 29

Resolution zur Sprachmittlung in MV 30

Resolution zur geplanten Abschiebehaft in Glückstadt 31

ResolutionIndividueller Zugang für zugewanderte Kinder und Jugendliche – Gelebte Inklusion 32

Resolution zum Schutz vor Gewalt für alle Frauen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus! 34

Resolution Frauenrechte 36

ResolutionMIGRANET-MV: für ein Europa der Solidarität, des Pluralismus und der Menschenrechte. 38

Dreizehnte Konferenz von MIGRANET-MV vom 18. - 19. Mai 2019 in Schwerin

Begrüßung und Grußwort der Landeshauptstadt Schwerin - Herr Andreas Ruhl Dezernent für Jugend, Soziales und Kultur
zur Eröffnung der Konferenz am 18. Mai 2019, 11.00 Uhr,
in Schwerin, Altstädtisches Rathaus, Am Markt 4, Demmlersaal

Sehr geehrter Herr Dr. Carbajal,

sehr geehrte Frau Ministerin,

sehr geehrte Vertreter der Landes- und Bundesbehörden, und Abgeordnete,

sehr geehrte Delegierte,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir wirklich eine Freude, Sie zur Jubiläums-Konferenz von Migranet in unserer Stadt willkommen zu heißen.

Zumal wir nun zum wiederholten Mal Gastgeber sein dürfen. Und ich denke, unser Demmlersaal ist auch ein angemessener und

würdiger Ort dafür.

Als ich vor einigen Wochen gebeten wurde, heute hier als stellvertretender Oberbürgermeister und quasi als Hausherr die Eröffnungsrede zu halten, habe ich spontan zugesagt.

Und das aus ganz unterschiedlichen Gründen:

Zum einen hat das mit der besonderen Situation Schwerins zu tun: Nach Zahlen unseres Innenministeriums hat keine Stadt in Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen drei Jahren so viele Menschen mit dem Hintergrund Flucht und Asyl aufgenommen wie wir.

Ich komme darauf später nochmal zurück.

Zum anderen haben gerade die vergangenen drei Jahre gezeigt, dass Kommunen allein die Herausforderungen von Migration nicht bewältigen können. Es braucht starker Partner und Netzwerke, um die Herausforderungen, die Migration birgt, meistern zu können.

Und zum Dritten könnte der Zeitpunkt nicht besser sein. Das gilt sowohl für unsere Stadt als auch für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt.

Bei uns war in den vergangenen Wochen beispielsweise ein wirkliches bestimmendes Thema, der Wunsch der Islamischen Gemeinde, ein Begegnungszentrum einzurichten. Dafür wollen wir als Stadt ein Grundstück verpachten. Ein Grundstück am alleräußersten Rande Schwerins. Ein Grundstück, das zumindest in der Nähe der Menschen angesiedelt ist, die die Einrichtung auch nutzen wollen. Ein Grundstück, für das wir ansonsten keinerlei Verwendung hätten. Die teilweise auch sehr unsachlich geführte Diskussion hat gezeigt, dass offenbar Ängste und Befürchtungen bei einem Teil der Bevölkerung vorhanden sind. Auch wenn diese teilweise diffus und objektiv abwegig sind. Das Beispiel zeigt, dass Migration täglich neu erkämpft werden muss.

Der Zeitpunkt ist aber auch deshalb gut, weil in acht Tagen in Mecklenburg-Vorpommern Kommunalwahlen stattfinden. Und nicht nur bei uns ist zu befürchten, dass rechtspopulistische Kräfte mit sehr vielen Vertretern in die Kommunalparlamente einziehen.

Insofern verbinde ich mit der Jubiläumskonferenz auch die Hoffnung, dass sie ein starkes politisches Signal aussendet.

Als Verantwortungsträger hier vor Ort frage ich mich oft, warum das eigentlich nötig ist.

Schwerin hat mit großer Unterstützung unserer Stadtvertretung die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Schwerin zählt zu den Fairtrade-Städten. Wir sind in den vergangenen drei Jahren mehrfach für unsere Integrationsansätze überregional ausgezeichnet worden.

Vor nicht einmal einem Jahr durften wir in Berlin vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat einen Bundes-Preis für unseren Integrationsansatz entgegennehmen.

Was uns viel bedeutet.

Nun sind wir weit davon entfernt zu glauben, Integration sei nur deshalb hier erfolgreich. Dafür sind die Herausforderungen einfach zu groß. Und sie sind sicherlich zu groß, um sie in zwei bis drei Jahren zu meistern.

Und sie sind sicherlich zu groß, um sie alleine in den Griff zu kriegen.

Schwerin ist keine Insel. Unsere Stadt ist abhängig von der Unterstützung durch Land und Bund. Unsere Stadt ist auf Partner und Netzwerke, wie Migranet, angewiesen.

Aber auch Netzwerke brauchen natürlich Impulse. Ich weiß aus Gesprächen mit Unterstützern von Migranet, dass auch aus Schwerin solche Impulse erwartet werden.

Was eine schöne Überleitung zu unserer aktuellen Situation ist.

Alle 14 Tage lasse ich mir Zahlen zur Migration vorlegen.

Nach Angaben des Ausländerzentralregisters haben wir Ende 2013 knapp 3.800 Ausländerinnen und Ausländer in Schwerin verzeichnet. Mittlerweile ist die Zahl auf mehr als 8.000 gestiegen. Nach Zahlen der Arbeitsverwaltung ist jeder fünfte Erwerbsfähige mit Flucht- und Asylhintergrund unseres Landes in Schwerin gemeldet. Nach Zahlen des Innenministeriums haben wir seit Ende 2015 mit Abstand mit meisten Flüchtlingen aufgenommen. Ein Drittel davon sind Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren.

Nun, wir haben reagiert.

- Wir haben in den vergangenen Jahren neue Schulen gegründet,

- Wir haben neue Kitas gebaut.
- Wir haben die Mittel für Jugendsozialarbeit und Beratungsangebote – trotz leerer Kassen – massiv ausgeweitet.
- Wir haben unsere Verwaltungsstrukturen angepasst.
- Wir haben eine Servicestelle Integration eingerichtet. Ziel ist die bessere Vernetzung von haupt- und ehrenamtlichen Helfern, Interessensgruppen und Kooperationspartnern.
- Wir haben mit vielen Ehrenamtlern und anerkannten Trägern auf Basis des Integrationsfonds oder der 100-€-Pauschale mehr als 100 Einzelprojekte entwickelt bzw. gefördert.
- Für die große Erstaufnahmeeinrichtung, die wir beherbergen, haben wir diverse Projekte mit den Betreibern und dem Land auf den Weg gebracht.
- Wir haben vorm ersten Tage der Flüchtlingswelle an Menschen mit Wohnungen versorgen können.
- Wir haben aktiv die Gründung von Migrantenselbstorganisationen unterstützt.
- In Schwerin hat sich ein wirklich beeindruckender interreligiöser Dialog etabliert.
- Unser Jobcenter hat im Landesvergleich eine wirklich enorme Quote bei der Integration in den Arbeitsmarkt.
- Unser prämiertes Integrationskonzept wird gerade in einem breiten Beteiligungsprozess fortgeschrieben. MSOs sind darin ein wichtiger Baustein der Teilhabe und der aktiven Gestaltung.
- Wir haben sogar eine Mannschaft mit Migrationshintegrund aufgebaut, die ab August im regulären Ligabetrieb spielen wird.

Aber in Anbetracht der schieren Zahlen sind wir natürlich weit davon entfernt zu glauben, das würde reichen. Wir haben einiges auf den Weg gebracht, doch das reicht bei weitem nicht.

- Uns fehlen nach wie vor Schul- und Kita-Plätze.
- Wir registrieren eine sinkende Bereitschaft von Wohnungsunternehmen, Menschen mit Flucht- oder Asylhintergrund aufzunehmen.
- Wir haben zwar flächendeckend Wohnungen zur Verfügung gestellt, die allerdings oft in sozial auffälligen Ortsteilen liegen. Hier besteht unzweifelhaft die Gefahr des Entstehens sozialer Brennpunkte.

- Wir stellen einen immer größeren Betreuungsbedarf für Mädchen, junge Frauen / Mütter mit Migrationshintergrund fest.
- Und wir stellen immer stärker fest, dass Projektfinanzierung eine Sackgasse darstellt. Wenn ich maximal für ein Jahr einen Zuschuss gewähren kann, werde ich auf Dauer keine Fachkräfte binden können. Ehrenamtler, die alle 12 Monate um Zuschüsse betteln müssen, werden irgendwann ihre Motivation verlieren.
- Wir sind deutlich unterfinanziert in Bezug auf die sogenannten flüchtlingsbedingten Aufwendungen. Und für eine chronisch klamme Stadt wie Schwerin ist das wirklich ein Schlag ins Kontor.
  Integration kostet Geld. Vor diesem Hintergrund halte ich Überlegungen auf Bundesebene, Integrationszuwendungen zu kürzen, für ein völlig falsches Signal.

Aber, was folgt aus all dem?

Die Hauptlast der Integrationsarbeit wird – und ich denke, dass ist unstrittig – vor Ort in den Gemeinden geleistet. Von den ehrenamtlich aktiven – einschließlich der Migrantenselbstorganisationen – und den Behörden.

Um diese Arbeit leisten zu können, müssen sie nicht nur finanziell entsprechend unterstützt werden.

Und das richtet sich sowohl an die Verantwortlichen in Land als auch im Bund.

Zweitens: Auf Dauer muss versucht werden, beim Ausbau der sozialen Infrastruktur zwischen Einheimischen und Zugezogenen nicht zu unterscheiden. Nur das gewährleistet auch einen innergesellschaftlichen Frieden.

Und daraus folgt drittens, dass eine Behörde – und das gilt auch für eine Landeshauptstadt – Integration allein nicht bewältigen wird.

Wir sind nicht nur auf Unterstützung von Landes- und Bundesbehörden angewiesen, wir brauchen auch Partner und Netzwerke, die sich der gewaltigen Aufgabe der Migration verschrieben haben. Wir brauchen Ehrenamtler, die auch als Multiplikatoren in ihren jeweiligen Sozialräumen agieren.

Wir brauchen nicht-staatliche Organisationen, die nicht nur eine Plattform und Interessensvertretungen für Migranten darstellen, sondern die auch aus der Mitte der Gesellschaft Signale senden. Signale, die Sorgen und Befürchtungen in der Bevölkerung aufgreifen und in positive Energie ummünzen.

Die Rolle der Migrantenvereine ist dabei unverzichtbar.

Sei es als Brücke zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Zugewanderten oder auch als Anlaufstelle, bei der erste Hilfe von gleichsprachigen und bereits besser in die neue Gesellschaft integrierten Landsleuten in Anspruch genommen werden kann.

Migrantenselbstorganisationen stehen auch für einen Ort der kulturellen Identität. Sie schaffen den richtigen Rahmen für die Entfaltung der Traditionspflege und ermöglichen den Erhalt der Verbindung zur eigenen Biografie und Geschichte.

Auch das ist Teil von Integration, wie wir sie verstehen.

Auch Migranet steht für solche Organisationen. Migranet hat nicht nur eine überregionale Netzwerkstruktur geschaffen. Dieses Netzwerk steht auch für eine aktive politische Interessenvertretung, für praktische wie konzeptionelle Unterstützung.

Und insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass ich dem Netzwerk wünsche,

- dass sich auch weiterhin so viele MSOs seinem Kreis zugehörig fühlen,
- dass die in den vergangenen Jahren hinzugekommenen Neu-Bürger Mut und Lust aufbringen, sich zu organisieren und somit das Netzwerk zu bereichern, und
- dass Migranet so weiterhin zeigt, wie vielfältig die Gesellschaft in diesem Bundesland ist.

Mein Dank gilt den Organisatoren und Organisatorinnen für Ihr Engagement innerhalb und außerhalb des Netzwerks sowie bei der Ausrichtung dieser Jubiläumstagung.

Meine Damen und Herren,

- Die Entscheidungsträger der Landeshauptstadt werden in Migration auch weiterhin keine Belastung sehen, sondern eine Chance.
- Wir sind dankbar für neue Impulse aus anderen Kulturen.
- Für eine gelingende Integration brauchen wir jedoch einen Plan.

- Ein solcher Plan ist auch eine wichtige Botschaft an die einheimische Bevölkerung, um Unsicherheiten zu minimieren.
- An einem solchen Plan wollen wir auch innerhalb Ihres Netzwerkes mitarbeiten – und das stärker als bisher.
- Und das unter Beteiligung der Betroffenen, der Menschen, die zu uns gekommen sind, um hier eine neue Heimat zu finden.

Auch deswegen freue ich mich auf neue Erfahrungen sowie auf neue Impulse durch Ihre Konferenz und wünsche der Tagung ganz eigennützig einen guten und spannenden Verlauf!

Vielen Dank.

Andreas Ruhl

Begrüßung durch Herrn Imam-Jonas Dogesch, Sprecher des Netzwerks MIGRANET-MV zur Eröffnung der Konferenz am 18. Mai 2019, 11.00 Uhr, in Schwerin, Altstädtisches Rathaus, Am Markt 4, Demmlersaal

10 Jahre MIGRANET-MV: eine Bilanz

Grundlage der Durchführung unserer Aktionen, Projekte, Gespräche und anderer Aktivitäten im Laufe der letzten 10 Jahre waren die verschiedenen Resolutionen, die wir im Rahmen unserer Sprecherratssitzungen und Konferenzen beschlossen haben. Auch die Ziele und Maßnahmen des Projektes, gefördert zuerst von BAMF/LAGuS und z. Zeit von LAGuS zur Förderung der politischen Partizipation und des gesellschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern sind Grundlagen dafür.

Im Laufe dieser 10 Jahre haben wir nach Rotationsprinzip 11 Konferenzen und 31 Sprecherratssitzungen in fast allen kreisfreien Städten und Landkreisen des Mecklenburg-Vorpommerns durchgeführt.

In dieser Zeit haben wir nicht nur von Politik und Gesellschaft gefordert, sondern haben uns aktiv und mit viel Engagement im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Interessen der Migrantinnen und Migranten in unserem Land eingesetzt.

- **Organisation: Aufbau von Strukturen**

Wir haben uns von Beginn an weiter selbst organisiert und gestärkt. Ausgehend von 23 Gründungsorganisationen sind wir auf 58 angewachsen. MIGRANET-MV ist quantitativ und qualitativ gewachsen. Die Geschäftsstelle von MIGRANET-MV unterstützt die Gründung neuer Vereine. In der Zukunft werden wahrscheinlich noch weitere Migrantenvereine gegründet werden. Einige Herausforderungen bleiben

- die Organisation der neu hinzugekommenen Migrantinnen und Migranten
- die Weiterqualifizierung der Mitglieder der MSO in Fragen der Vereinsarbeit, der Projektmanagements und der politischen Partizipation
- und die Organisation von Migrantinnen und Migranten im ländlichen Raum.

Bisher gibt es keine Migrantenvereine (z.B. im Landkreis Ludwigslust-Parchim) oder nur wenige, wie im Landkreis Nordwestmecklenburg.
Leider konnten wir auch keinen neuen Migrantenrat in einer Kommune des Landes etablieren, obwohl MIGRANET-MV eine Diskussion dazu (in Schwerin und im Landkreis Vorpommern-Greifswald oder Neubrandenburg) angestoßen hat.
In diesen 10 Jahre haben wir uns mit verschiedenen Landesorganisationen, wie z.B. dem Eine-Welt Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V., IQ-MV, der Landeszentrale für politische Bildung MV, sowie den Zentren für Demokratie und Toleranz in MV vernetzt und zusammengearbeitet.
MIGRANET-MV hat einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des Dachverbandes der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst und zur Stärkung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat BZI geleistet.

- **Politische Partizipation**
  MIGRANET-MV hat aktiv an der Gestaltung der Integrationskonzepte des Landes und einiger Landkreise im Themenfeld „politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten“ teilgenommen.
  Mitglieder des Sprecherrates haben sich auch aktiv und im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Arbeit der Arbeitsgruppen beim Landesintegrationsbeirat beteiligt. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, vor allem mit dem Referat Zuwanderung und Integration und der relativ neuen Landesi8ntegrationsbeauftragten hat sich positiv weiter entwickelt. Vertreter/innen des Sozialministeriums haben oft an unseren Sprecherratssitzungen und Konferenzen teilgenommen und Vertreter*innen von MIGRANET-MV haben auch verschiedenen Veranstaltungen, die das Ministerium organisiert hat, teilgenommen, wodurch hat ein Dialog zum permanenten Austausch von Informationen entstand. Vor kurzem hat sich die Zusammenarbeit durch die Gründung der AG Integration beim Landkreistag MV weiter intensiviert, in der MIGRANET-MV mitwirkt. Mehrere Resolutionen aus unseren Konferenzen wurden in den Petitionsausschuss beim Landtag eingebracht. Alle entstandenen Resolutionen wurden bei den zuständigen Landesministerien und Fraktionen des Landtages und dem Landtagspräsidium mit entsprechendem Feedback eingereicht. MIGRANET-MV hat Stellungnahmen ins Landesparlament, wie z.B. für die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge oder in Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern einbringen können. Gleichzeitig hat MIGRANET-MV an Anhörungsverfahren (u.a. zum Thema NSU) teilgenommen. VertreterInnen von MIGRANET-MV haben zahlreiche Gespräche mit VertreterInnen der Landkreise und Kommunen zum Thema Integration und politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten geführt.
- **Resolutionen: unsere politischen Forderungen**
  Aufgrund einer Analyse der Resolutionen, die wir im Laufe der letzten 10 Jahre beschlossen haben, kann man eine Bilanz ziehen, was wir erreicht oder nicht erreicht haben. Die meisten Resolutionen wurden für die Bereiche Flüchtlingspolitik, Integrationspolitik von Migrantinnen und Migranten, Migrations- und Entwicklungspolitik, Selbstorganisation und Vernetzung, sowie für die Wahrung der Frauen und Kinderrechte von Zugewanderten beschlossen. Wir haben zudem Resolutionen in den Bereichen Stärkung der Demokratie, Bekämpfung von Rassismus und Rechtradikalismus und die Möglichkeit der institutionellen Landesförderung des Netzwerks beraten und verabschiedet. Der Bereich der institutionellen Zusammenarbeit, wie oben erwähnt, hat sich positiv entwickelt. Nichtsdestotrotz muss diese Zusammenarbeit weiter intensiviert und professionalisiert werden.

Heutzutage kooperiert MIGRANET-MV erfolgreich mit verschiedenen Organisationen, Stiftungen und Netzwerken zusammen. Im Bereich der Stärkung der Demokratie haben wir ständig bei jeder Landtags- und Kommunalwahl im Land die Bevölkerung, auch Migrantinnen und Migranten, die über das Wahlrecht verfügen, aufgefordert, wählen zu gehen und die demokratischen Parteien zu wählen. Zur bevorstehenden Kommunal- und Europaparlamentswahl werden wir dies ebenfalls tun. Leider konnten wir nicht verhindern, dass die NPD/AfD in den Landtag einziehen konnten. Wir müssen alles unternehmen, um Erfolg der Partei Alternative für Deutschland zu minimieren. Das verlangt von uns mehr Aufklärungsarbeit und politische Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer wurde nicht durchgesetzt. Trotzdem haben wir die Unterstützung dafür aus den großen Kommunen MV´s, wie Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin erhalten. Im Bereich der Bekämpfung des Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus haben wir zahlreiche Aktionen mit anderen Partnern zusammen durchgeführt. Obwohl das Verbot der NPD als verfassungswidrige Partei nicht erreicht wurde, wurde die Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei festgestellt, und eine breite Diskussion zum Rechtsradikalismus in Deutschland erreicht. Wir haben erreicht -nach einer langem politischen Auseinandersetzung- dass ein Untersuchungsausschuss zum NSU-Terror in unserem Landesparlament gegründet wurde. Wir müssen weiterhin eine vollständige Aufklärung der Tätigkeit dieser Terrorzelle im Land begleiten und fordern. Außerdem haben wir erreicht, dass eine entsprechende Erinnerung an den Neonazi-Terror und rechtsradikale Gewalt in unserem Land stattfindet. In Rostock wurde dafür eine Gedenkstätte für Mehmet Turgut und die NSU-Terror-Opfer errichtet. Ein Bereich, in dem wir uns sehr entwickelt haben, ist der Bereich Migration und Entwicklung. Wir haben mehrere Resolutionen und ein Arbeitsprogramm, was ständig aktualisiert wird, verabschiedet. Dies beweisen die zahlreichen entwicklungspolitischen Projekte der Migrantenvereine (MSO), die in verschiedenen Landkreisen unseres Landes durchgeführt wurden. Eine Fachpromotorin ist in der Geschäftsstelle des Netzwerks im Rahmen des Eine-Welt-Promotor_innenprogramms des EWLN MV e.V. tätig. Außerdem ist bei unserem Mitgliedsverein TUTMONDE e.V. in der Hansestadt Stralsund eine Stelle im WSD-Programm, gefördert von der Stiftung Nord-Süd Brücken, die sich mit den nachhaltigen Entwicklungszielen SDG´s beschäftigt, eingerichtet. Im Bereich der Qualifizierung der MSO haben wir in Zusammenarbeit mit dem Programm IQ-MV Bildungs- und Qualifizierungsprojekte und –Workshops für alle Migrantinnen und Migranten in MV in Rostock und Schwerin angeboten. Im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten haben wir ebenso zahlreiche Resolutionen und Forderungen, wie beispielsweise die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse. Diese Forderungen wurden bereits durchgesetzt mit der Einführung des Anerkennungsgesetzes. Mittlerweile geht es um die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren. Die Erweiterung der Angebote professioneller Sprachmittlung in MV –besonders auf den ländlichen Raum- wurde durch die Projekte SprInt und Spuk verbessert. Es bleibt die Forderung, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern Integration von Migrantinnen und Migranten als Pflichtaufgabe in die Landesverfassung verankern soll. Die neue Situation macht dieses noch eindeutig und notwendig. In diesem Bereich brauchen wir

- klare und teilweise neue Strukturen und Zuständigkeiten auf Landes- und kommunalen Ebenen für eine bessere Durchführung der Integrationsarbeit vor Ort.
- die Gestaltung von Integrationszentren auf Kommunalebene könnten die Integrationsmaßnahmen und Prozesse erleichtern und helfen, bürokratische Hürden besser zu überwinden.
- Das Land braucht ein Integrationsgesetz, dass sich mehr auf die Erweiterung und Verbesserung der Integrationsangebote konzentriert.
- Um MV attraktiver für Migrant*innen zu machen, ist die Durchführung verschiedener Maßnahmen vor Ort notwendig, unter anderem:

▪ das Sprachvermittlungsangebot weiter auf den ländlichen Raum zu erweitern.
▪ die finanzielle und materielle Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort und der Initiativen und Projekte, die friedliches Zusammenleben und Begegnung fördern.

Um MV attraktiver für Migrant*innen zumachen, ist die Durchführung verschiedener Maßnahmen vor Ort notwendig, unter anderem:

- das Sprachvermittlungsangebot weiter auf den ländlichen Raum zu erweitern.
- die finanzielle und materielle Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort und der Initiativen und Projekte, die friedliches Zusammenleben und Begegnung fördern.

- **Flüchtlingsfrage**

Die Flüchtlingsfrage dominiert zurzeit die Integrationsdebatte. MIGRANET-MV hat sich seit seiner Gründung für die Verbesserung der Lebens- und rechtlichen Situation von Flüchtlingen eingesetzt. Wir haben uns unter anderem eingesetzt:

- für die Zulassung der Teilnahme von Migrant*innen an Integrationskursen, unabhängig von Ihrem Aufenthaltsstatus.
- für die Anpassung der Sozialleistungen für Asylbewerber und Geduldete an das Niveau von ALG II
- für die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten
- für die Abschaffung der Residenzplicht in unserem Land

Diese Forderungen wurden voll oder teilweise erreicht. Aber die neue Situation hat viele Aspekte verschärft und kompliziert.

Um konkrete Probleme zu lösen, musste man unbürokratisch und kreativer reagieren, trotz dem bleiben viele Fragen zu lösen.

Die Erleichterung der Mobilität der Fluchtlinge vor allen im ländlichen Raum.

Es gibt eine Lücke in der Betreuung und Beratung der Flüchtlinge, die vom Asylbewerberleistungsgesetz in das SGB II übergegangen sind. Diese Lücke muss geschlossen werden. Eine kontinuierliche Beratung von Flüchtlingen, die ihre Anerkennung schnell bekommen haben, kann ihre Integration erleichtern.

Der Anspruch auf Dolmetscherleistung muss garantiert werden.

Eine große Herausforderung bleibt die Integration in den Arbeitsmarkt von Flüchtlingen und Migrant*innen, besonders die Bildung und Qualifizierung von jungen Migranten und Migrantinnen.

Unser Netzwerk hat sich für die Sicherheit der Asylbewerberheime und Asylnotunterkünfte eingesetzt und hat sich gegen Gewalt in den Asylheimen ausgesprochen und sich mehrmals an das Innenministerium und das Parlament gewendet mit der Bitte, diese zu gewährleisten. Die Einführung der Gesundheitskarte

für Asylbewerber, nachdem sich die Hansestadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin dafür ausgesprochen haben, ist im Parlament stehen geblieben. Die Frage der Gesundheitsbetreuung von Asylbewerbern wird uns weiter beschäftigen. Wir sind auch der Meinung, dass das Land MV die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen anstatt teurerer und inhumaner Abschiebungen fördern soll, wie bereits in anderen Bundesländern. Wir fordern die Einführung der freiwilligen Rückkehrberatung für diese Menschen. Die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle für das Land MV haben wir auch nicht erreicht. Wir werden weiter versuchen, so eine Stelle zu erschaffen, weil das Thema Antidiskriminierung eines unserer wichtigen Themen bleiben wird.

- **Finanzierung**
  Die Geschäftsstelle des Netzwerkes ist beim FABRO e.V. angesiedelt. Seit der Gründung des Netzwerkes hat der Förderverein des Migrantenrates der Hansestadt Rostock in eigener Leistung die Durchführung der Vernetzung der Migrantenselbstorganisationen und der verschiedenen Aktivitäten finanziell unterstützt. Die Eigenleistung des FABRO e.V. ist in den letzten Jahren (2018 ca. € 8.000,00) analog zum Wachstum des Netzwerks angestiegen. Ohne diese Leistung des FABRO e.V. wäre die Durchführung von verschiedenen Aktivitäten nicht möglich. Daher ein Dankeschön an die Mitglieder des Migrantenrates /Fördervereins für ihren Einsatz. Für die weitere Entwicklung des Netzwerkes bedarf es zusätzlicher Mittel, um die Durchführung von Projekten durchzuführen, die bei der Weiterentwicklung des Netzwerkes unterstützend wirken können. In diesem Sinne begrüßen wir die Gründung des interkulturellen Zentrums im Neubrandenburg.
  Als Fazit haben wir in den letzten Jahren Einiges erreicht. Ohne den Beitrag aller Mitglieder des Netzwerkes wäre dies nicht möglich gewesen. In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen, die dies möglich gemacht haben. Wir sind bereit, uns weiter einzumischen, mitzumachen und mitzugestalten, um zusammen mit anderen Akteuren der Gesellschaft konkrete Probleme der Integration von Migrantinnen und Migranten im Zusammenleben in unserem Land zu lösen.
- **MIGRANET-MV: zur Umsetzung der Frauenrechte in MV**
  Das Netzwerk der Migrantenorganisationen hat sich seit seiner Gründung für die Umsetzung der Frauenrechte in MV eingesetzt, denn Frauen werden mehrfach diskriminiert, als Migrantinnen und auch als Frauen. Zu diesem Thema haben wir Resolutionen im Rahmen unserer Sprecherratssitzungen und Konferenzen verabschiedet. Ein Großteil der Mitglieder des MIGRANET-MV sind Frauen, die in verschiedenen Vereinen sehr aktiv sind. Viele davon sind Vorsitzende oder Vorstandsmitglieder der Vereine. Unsere erste Sprecherin war Frau Phuong Kollath des Vereins Dien Hong-Gemeinsam unter einem Dach e.V. Im jetzigen Sprecherrat (insgesamt ca. 21 Personen) sind 16 Frauen vertreten, also die Mehrheit. Auch die 1. und 2. stellvertretende Sprecherin sind jeweils Frauen . Frauen sind in unserer täglichen Vereins- und Netzwerkarbeit sehr wichtig. Einige Migrantinnen arbeiten professionell in verschiedenen Projekten der Vereine und des Netzwerks. In manchen Projekten bilden Frauen sogar die Mehrheit.
  Die Gleichberechtigung der Frauen wird weiter ein sehr wichtiger Bereich der Arbeit unseres Netzwerks bleiben.

Grußwort der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung MV , Frau Stefanie Drese zur Eröffnung der Konferenz am 18. Mai 2019, 11.00 Uhr,
in Schwerin, Altstädtisches Rathaus, Am Markt 4, Demmlersaal

Sehr geehrte Frau Widmann-Mauz,

sehr geehrter Herr Kerber,

sehr geehrte Frau Kaselitz,

sehr geehrter Herr Ruhl,

sehr geehrter Herr Paca,

sehr geehrte Frau Wiese-Kochankaite, sehr geehrte Frau Michael, sehr geehrter Herr Dogesch,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

ich freue mich sehr, Sie im Namen der Landesregierung zur heutigen Tagung im Altstädtischen Schweriner Rathaus begrüßen zu können. Gleichzeitig feiert MIGRANET-MV in diesem Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Dazu möchte ich Sie gleich zu Beginn sehr herzlich beglückwünschen. Dies tue ich auch ausdrücklich im Auftrag unserer Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die leider aus terminlichen Gründen heute nicht hier mit dabei sein kann, die aber ganz herzliche Grüße ausrichten lässt.

<u>10 Jahre MIGRANET-MV</u> sind ein guter Anlass, Ihnen weiterhin Erfolg und Tatkraft und uns eine gute Zusammenarbeit zu wünschen! Schön, dass es Sie gibt.

Man sagt unserem Bundesland gerne mal nach, dass hier alles 50 Jahre später passiere. Ihr 10-jähriges Bestehen ist ein guter Gegenbeweis! Die Organisation migrantischer Interessenvertretungen scheint noch nicht in allen Bundesländern so weit vorangeschritten wie in MV. Seit der Gründung von MIGRANET-MV 2009 entwickeln Sie zahlreiche Aktivitäten für Austausch und Begegnung, initiieren interkulturelle Projekte, unterstützen Vereinsgründungen. Wenn man es genau nimmt, haben Sie bereits lange vor 2009 damit

begonnen, die aktive Partizipation von Migrantenvereinen im Land durch organisierten Austausch voranzubringen - immerhin findet heute bereits Ihre 13. Konferenz statt!

Für Ihr Engagement danke ich Ihnen herzlich. Es ist ein Gewinn, eine Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten im Land zu haben, die eine so große Vielfalt an Herkunftsländern, Sprachen, Kulturen und Religionen repräsentiert und für zahlreiche Akteure im Land ein nicht mehr wegzudenkender Partner geworden ist. Wir schätzen es, dass Sie da sind und uns im Land eine gute Zusammenarbeit verbindet.

Als Landesregierung haben wir Ende 2016 die Landesintegrationsbeauftragte, Dagmar Kaselitz, als Beraterin und Vermittlerin zwischen den zahlreichen Netzwerken und der Verwaltung positioniert. Sie ist eine starke Partnerin geworden für alle Geflüchteten, Migranten und deren Organisationen. Für Ihre tolle Arbeit möchte ich Dagmar Kaselitz an dieser Stelle herzlich danken!

Sie blicken heute auf ein Jahrzehnt, in dem Sie sich mit Ihren Ideen auch beständig für ein gutes Zusammenleben einsetzen. Beeindruckend ist die Entwicklung von 20 auf 50 Migrantenvereine im Land, die sich unter dem Dach vom MIGRANET-MV zusammengeschlossen hat. Diese Entwicklung zeigt, wie ein solides Netzwerk wachsen kann und an vielen Orten im Land Menschen motiviert, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Unser Bundesland ist in den vergangenen Jahren sichtbar zu einem Zuwanderungsland geworden. Davon zeugen längst nicht mehr nur große Städte wie Rostock und Schwerin oder Greifswald, auch in den Landkreisen hat Vielfalt in der Bevölkerung zugenommen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund von 6,4 % an der Bevölkerung in unserem Land mag gering erscheinen; er ist jedoch von 2015 bis 2017 immerhin um 2,9 Prozentpunkte angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg im Vergleich aller Bundesländer.[1]

Zuwanderung verändert das Zusammenleben und bereichert es. Die positiven Effekte für Wirtschaft und Wissenschaft, Sport, Musik und Kunst, auch als demografischer Faktor, sind hinlänglich bekannt. Die Bedeutung für das tägliche Miteinander entzieht sich hingegen häufig dem Blick, dabei bietet es eine Reihe von Chancen, stellt aber auch Anforderungen an alle: gegenseitigen Respekt für unterschiedliche Kulturen und Traditionen zu entwickeln,

[1] Integrationsmonitoring der Länder, Bericht 2019

Vielfalt als Normalität zu akzeptieren, Zusammenhalt zu stärken. In allen Politikfeldern ist Integration als Querschnittsaufgabe zu berücksichtigen. Gesetzliche Regelungen sind sicherlich notwendig, aber reichen hierzu nicht aus. Integration und Zusammenhalt müssen gelebt und gestaltet werden!

Dazu brauchen wir das bürgerschaftliche interkulturelle Engagement der Zivilgesellschaft, von Vereinen und Verbänden, jeder/s Einzelnen, ob Neu- oder Altbürger/in gleich welcher Nationalität.

Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen unmittelbar bevor. Wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, Zeichen für ein demokratisches und weltoffenes Europa zu setzen und auch vor Ort die Chance zu ergreifen, lokale Politik mitzugestalten. Zugewanderte mit deutscher Staatsangehörigkeit können von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, auch Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern haben diese wichtigen politischen Teilhaberechte. Drittstaatsangehörige sind von dieser Art politischer Willensbildung ausgeschlossen. Diese Möglichkeit der politischen Partizipation ist in der Bundesrepublik Deutschland an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden.

Vor diesem Hintergrund sind die demokratischen Parteien umso mehr aufgerufen, die Themen und Anliegen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in einer Weise aufzugreifen, die das Zusammenleben und den Zusammenhalt stärken. Dem berechtigten Wunsch von Drittstaatstangehörigen, die hier zur Wohnbevölkerung zählen, ebenso aktiv und wahrnehmbar am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben, gilt es nach Kräften zu unterstützen. Ihre Mitsprache in allen gesellschaftlich relevanten Angelegenheiten ist unersetzlich, damit wir der gewachsenen Vielfalt im Land besser gerecht werden. Lassen Sie uns Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ausfindig machen, z. B. in der Jugendarbeit.

Mecklenburg-Vorpommern ist nach Sachsen und Brandenburg das Bundesland mit den höchsten Anteilen an unter 18-Jährigen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (28,6 %). Der Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund stieg in Mecklenburg-Vorpommern von 2015 auf 2017 bundesweit am stärksten an, um 2,9 Prozentpunkte (Bundesweit stieg er um +0,3 Prozentpunkte.)[2]

[2] Integrationsmonitoring der Länder, Bericht 2019

Gerade jugendliche Zugewanderte, die spät einreisen, müssen hohe und vielfältige Anforderungen bewältigen. Dadurch können ihre Stärken und ihr soziales Engagement in den Hintergrund treten. Häufig sind Zugewanderte in der Jugendarbeit noch zu wenig wahrnehmbar. Lassen Sie uns genauer hinsehen, was wir tun können, damit Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gleiche Teilhabechancen erleben und nutzen können.

Vereine und Verbände der Kinder- und Jugendarbeit leisten bereits sehr viel. Wir haben auf der Integrationsministerkonferenz im April 2019 die Teilhabe jugendlicher Migrantinnen und Migranten im außerschulischen Bereich angesprochen und einen Antrag eingebracht, damit Kindern und Jugendlichen aus Drittstaaten mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung die Teilnahme an Vereinsfahrten ins Ausland ermöglicht wird. Hierzu ist eine Einigung auf EU-Ebene erforderlich, ähnlich wie sie für Schulfahrten getroffen wurde. Diese Initiative haben alle 16 Bundesländer unterstützt! Auch wenn sich ein langwieriger Weg abzeichnet – wir hoffen, wir können Entwicklungen anstoßen, die die Teilhabe konkret verbessern.

Der Austausch mit Vertretern aus Landespolitik und Landesregierung, wie heute hier auf dieser jährlichen Konferenz ist kein Novum, sondern hat bereits gute Tradition. Er bietet die Möglichkeit, Aspekte des Zusammenlebens, der Verständigung und des Zusammenhalts zu beleuchten und Partizipation zu verbessern. Aus Ihren Empfehlungen und Resolutionen entstehen Anstöße für die Gestaltung der Rahmenbedingungen. Dafür gilt Ihnen mein herzlicher Dank!

Ich freue mich, dass wir auf diese Weise im guten Austausch bleiben und Erreichtes und Defizite erkennen, die auf den Prüfstand gehören. Sie wissen, dass wir uns intensiv mit der Fortschreibung unserer Landesintegrationskonzeption befassen, die mein Haus auf den Weg gebracht hat.

Wir haben Handlungsnotwendigkeiten diskutiert und nunmehr die Ressort- und die Verbandsanhörung abschließen können. Noch sind wir dabei die Anregungen aus den Anhörungen zu prüfen. Dazu gehört auch, einen Konsens zwischen allen Beteiligten zu finden, damit die Vorlage für alle zustimmungsfähig ist. Wir rechnen damit, dass die Konzeption nach der Sommerpause dem Landtag zugeleitet werden kann. Zunächst wollen wir hierzu jedoch mit dem Landesintegrationsbeirat ins Gespräch zu kommen (28.05.2019).

Eine Aufgabe, die für mich Vorrang hat, ist die interkulturelle Öffnung der Regelsysteme, vor allem des öffentlichen Dienstes. Hier steht auch das Land in der Pflicht. Aber auch die Kommunen haben signalisiert, dass wir hier an einem Strang ziehen müssen. Das wollen wir gern tun. Dafür müssen entsprechende Prozesse in der Verwaltung, aber auch in Verbänden, Unternehmen und Vereinen planmäßig vorangetrieben werden. Wir wollen hier insgesamt ein gutes Stück vorankommen.

Was wir auch berücksichtigen müssen: Eine große Zahl gesetzlicher Neuregelungen befindet sich aktuell in Gesetzgebungsprozessen! Es geht um die Fachkräfteeinwanderung, den Umgang mit geduldeten Menschen, Zugänge in Ausbildung und Beschäftigung, Fragen des Leistungsrechts und der Rückkehr – also eine Reihe von Aspekten, die Integration fördern oder sie einschränken können.

In den vergangenen Jahren haben wir wiederholt auf Integrationsministerkonferenzen die Öffnung der Regelsprachförderung für Geflüchtete mit unklarer Bleibeperspektive ebenso wie eine Harmonisierung des Zugangs zur Ausbildungsförderung für Geflüchtete sowie die Beseitigung der sogenannten BaföG-Förderlücke gefordert. Diese Vorhaben sind derzeit erfreulicherweise auf dem Weg. Sehr kritisch sehe ich allerdings Teile der geplanten Neuregelungen zum Asylbewerberleistungsgesetz und zur Rückkehr. Insbesondere die durch die Bundesregierung beabsichtigte Einführung eines neuen Duldungsstatus „mit ungeklärter Identität“ halte ich integrationspolitisch für einen empfindlichen Rückschritt. Wir hoffen, dass wir dazu beitragen können, dass die mit großer Eile vorangetriebenen Gesetzgebungsprozesse integrationspolitisch zu annehmbaren Lösungen führen.

Ein weitgehend offener aber dennoch wichtiger Punkt ist die Finanzierung der Integration. Hier sind alle Ebenen in der Verantwortung, auch der Bund. Er beteiligt sich noch bis Ende 2019 mit der Integrationspauschale an den Kosten der Länder und Kommunen für die Integration. Das Land reicht Mittel zur Deckung des Verwaltungs- und Betreuungsaufwandes an die Landkreise und kreisfreien Städte weiter und unterstützt die Förderung des Zusammenlebens der hier lebenden Menschen und hinzukommender Flüchtlinge mit 100 Euro pro Jahr pro anerkannten Flüchtling in den Kommunen. Daneben hat das Land mit dem Integrationsfonds von 2016 – 2019 insgesamt 4 Mio. Euro zur Förderung von Integrationsprojekten zur Verfügung gestellt. Dieser wird im Land gut angenommen.

Wir sehen jedoch sehr deutlich, dass der Anteil derjenigen, die erst am Anfang ihres Integrationsprozesses stehen, aufgrund der Flüchtlingszugänge der letzten Jahre stark zugenommen hat. Für den Erfolg längerfristiger Integration und zur Stärkung der Partizipation kommt es darauf an, dass die notwendige Unterstützung nicht an zu knappen Finanzmitteln scheitert. Es ist für uns wichtig, dass sich der Bund auch weiterhin an der Finanzierung der Integration beteiligt, da nur so der gesellschaftliche Zusammenhalt bewahrt werden kann.

Ihnen allen wünsche ich nun eine interessante Konferenz, einen intensiven Austausch und gute Impulse und Kontakte, die über den heutigen Tag hinauswirken und Bestand haben.

Grußwort des Eine-Welt- Landesnetzwerks Mecklenburg-Vorpommern, Herr Patrice Jaeger, Bildungsreferent
zur Eröffnung der Konferenz am 18. Mai 2019, 11.00 Uhr,
in Schwerin, Altstädtisches Rathaus, Am Markt 4, Demmlersaal

Sehr geehrte Menschen in diesem Saal,
sehr geehrte Frau Ministerin Drese,
sehr geehrter Herr Rubén Cardenas Carbajal,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,
mein Name ist Patrice Jaeger. Ich arbeite für das Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern.
Ich begrüße Sie sehr herzlich zur diesjährigen Jahreskonferenz!

Ich weiß natürlich was Ihnen jetzt durch den Kopf geht, nachdem Sie schon _ Begrüßungen gehört haben und ich der letzte Redebeitrag vor der Mittagspause bin!

Trotzdem möchte ich mir den Raum nehmen ein paar Gedanken zur unserer Zusammenarbeit loszuwerden.

Das eine Welt-Landesnetzwerk-MV ist der Dachverband von ca. 50 entwicklungspolitisch arbeitenden Organisationen und Vereinen in Meck-Pomm. Ihre gemeinsame Schnittmenge ist das Thema Globale Gerechtigkeit. (Fairer Handel, Demokratie, Frieden, Ökologische Nachhaltigkeit, Interkultureller Austausch)

Da Gerechtigkeit und Teilhabe auch Kernanliegen migrantischer Organisationen sind, arbeiten wir seit vielen Jahren zusammen und stehen im Austausch miteinander. Die Frage die wir uns aber regelmäßig stellen, ist die Frage nach dem WIE gut und WIE intensiv.

Die Eine-Welt-Arbeit hat sehr viele globale Bezüge. Das heißt, wir arbeiten zu Themen, in denen insbesondere Migrant*innen starke biografische Bezüge haben.

Als ich 2013 beim Eine-Welt-Landesnetzwerk anfing und zum ersten Mal auf einer der großen Bundeskonferenzen der Eine-Welt-Promotor*innen war, kam ich zum ersten Mal in Kontakt mit der Kritik an diesem Programm. Sie lautete:

Wer hat Zugang zu den bezahlten Stellen?
Wer kann mitreden und entscheiden?
Warum gibt es kaum migrantische Stimmen in diesem Programm?
Wer kann Themen setzen und damit Diskurse mitbestimmen?

Es waren neben wenigen Ausnahmen weiße deutsche Organisationen, die in diesem Programm aktiv waren. Und es war eine überwiegend weiße deutsche Zivilgesellschaft, für die sie sich einsetzten.

Das ist aber absurd, wenn wir Globale Gerechtigkeit ernst nehmen.

Heute ergibt sich ein ganz anderes Bild. In 11 von 16 Bundesländern gibt es die Fachstelle für Migration (bzw. Interkulturelle Öffnung). Darüber hinaus bildet sich Vielfalt auch in anderen Themenbereichen ab. Da haben wir also viel erreicht und MV ist gar nicht so schlecht.

MV wird oft nachgesagt viele Jahre hinterher zu sein. Dem ist aber nicht so. MV war das erste Ost-Bundesland, das diesem Programm beigetreten ist, weil wir uns als Landesnetzwerk für die 40% Landesfinanzierung stark gemacht haben.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass eine der 5 Promotor*innenstellen in MV bei einer mirgantischen Organisation angesiedelt sein sollte. Dank dieser einen Stelle ist es zum Beispiel gelungen migrantische Beiträge in die landesweite Veranstaltungsreihe weltwechsel einzuspeisen. Es gab 2016 eine Zusammenarbeit mit dem Isalmischen Bund und die gemeinsame Ausstellung „wenn aus Fremden Freunde werden“. Auch die Lesereihe „Unerwünscht“ oder ein Kosmetikworkshop waren migrantische Beiträge.

Es ist aber auch schnell deutlich geworden, dass es mit der Einrichtung dieser einen Stelle nicht getan ist. Es braucht vielmehr Dialog und Austausch um zwei gewachsene Strukturen miteinander zu verzahnen.

So haben wir uns seit langem vorgenommen eine gemeinsame Konferenz zu organisieren, es aber bisher nicht geschafft.

Dabei gibt es durchaus Gremien und Institutionen in denen die mirgantische Perspektive bisher fehlt, der Zugang aber durchaus besteht.

1) Da wäre zum einen der jährlich stattfindende Entwicklungspolitische Runde Tisch in Schwerin
2) Da wäre die LAG BNE, die maßgeblichen Einfluss auf Unterrichte und Schule nimmt
3) Aber auch die bundesweite Mitwirkung im Fachforum Migration und Entwicklung oder dem Gesprächskreis Afrika im Bundestag in Berlin, zu dem wir regelmäßig Einladungen erhalten

Seit 9 Jahren führen wir als Landesverband Antirassismustrainings durch. Zum einen für Leute, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören und sich zum ersten Mal damit beschäftigen wollen; zum anderen für Menschen, die in dieser Gesellschaft

Rassismuserfahrungen machen und auf der Suche nach Umgangsstrategien sind. Dazu laden wir erfahrene PoC-Trainer*innen ein, diese Trainings für uns zu machen.

4) Auch hier könnten wir potentiell stärker zusammenarbeiten

Ich koordiniere die Trainings seit 2013 und es ist der Teil meiner Arbeit der mir am meisten Spaß macht und in dem ich unglaublich viel gelernt habe.

Durch die Antirassismustrainings haben wir in der Eine-Welt-Arbeit den Ansporn erhalten immer nachzufragen: Welches Wissen gibt es dazu aus der Südperspektive? Wie sieht die Geschichtsschreibung aus der Perspektive der Native Americans aus? Welche Beiträge haben schwarze Frauen in der Geschichte geleistet? Und warum werden diese nicht benannt? Ich habe in den Trainings gelernt, dass ein syrischer Mann in der deutschen Gesellschaft eine ganz andere Erfahrung macht als ich als weißer, deutscher Mann. Aber wiederum auch, dass die afghanische oder somalische Frau mit ganz anderen Herausforderungen der Teilhabe konfrontiert ist als z.B. der syrische Mann. Als deutsche Mehrheitsgesellschaft müssen wir uns viel stärker darin üben, diese unterschiedlichen Erfahrungen anzuerkennen und ihnen kein „aber…“ entgegenzustellen. Darum sind Antirassismustrainings wichtig.

Ich erwähne das deshalb, weil ich überzeugt bin, das Intersektionalität - die Überschneidung verschiedener Machtdynamiken: Race, Class, Gender, Sexuality – eine zunehmende Bedeutung im politischen Diskurs haben wird.
Und darum ist es umso wichtiger, dass es heute sogar migrantische Organisationen gibt, die sich für die Interessen von Migrantinnen stark machen, ihnen Sichtbarkeit und Stimme verschaffen.
Dabei sind unbedingt zu nennen der Verein Tutmonde e.V. in Stralsund und Libera MV in Rostock. Beide sind hervorgegangen aus dem jahrelangen Engagement von MIGRANET MV. Tutmonde e.V. ist es sogar gelungen in das WSD-Programm der Stiftung Nord-Süd-Brücken in Berlin einzusteigen.
Wir wünschen Euch eine erfolgreiche und kraftvolle Arbeit!
Ich hoffe sehr, dass wir uns in Zukunft gegenseitig unterstützen können, dass wir voneinander lernen können.
Das muss nicht bedeuten, dass wir uns im happyland bewegen, sondern dass wir uns auseinandersetzen und einander zuhören. Dass wir uns im er im Auge behalten. Vor allem sollten wir aber auch Spaß an der Zusammenarbeit haben.
Wir freuen uns auf das was kommt und auf das was wir gemeinsam schaffen werden.
Vielen Dank!
Patrice Jaeger
Bildungsreferent Eine-Welt-Landenetzwerk MV e.V.

Schriftliches Grußwort der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Frau Staatsministerin Annette Widmann-Mauz

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

zur Eröffnung der Konferenz am 18. Mai 2019, 11.00 Uhr,
in Schwerin, Altstädtisches Rathaus, Am Markt 4, Demmlersaal

Schriftliches Grußwort anlässlich der Jubiläumsfeier des Netzwerkes Migrantenselbstorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern, MIGRANET-MV, am 18. und 19.05.2019 in Schwerin

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Gäste,

ganz herzlich gratuliere ich zum 10. Geburtstag des Netzwerkes der Migrantenselbstorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern. Der persönliche Einsatz vieler engagierter Menschen hat das Netzwerk zu einem starken Integrationsmotor im Nordosten unseres Landes gemacht.

Heute leben über eineinhalb Millionen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Davon sind fast sieben Prozent der Landesbevölkerung Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Die meisten haben Wurzeln in osteuropäischen Staaten, aber im Zuge der hohen Flüchtlingszahlen sind es auch über 20.000
Menschen aus Syrien und Afghanistan.

Um diesen Menschen in der Gesellschaft eine Stimme zu geben und für sie und mit ihnen an der Integrationspolitik von Land und Kommunen mitzuwirken, ist eine starke und

kompetente Interessenvertretung wichtig. Dazu ist MIGRANET-MV in den vergangenen zehn Jahren gewachsen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem erfolgreichen Weg!

Die Gründung des Netzwerkes war kein Selbstläufer. Obwohl Mecklenburg-Vorpommern im Laufe der Geschichte mehrere Phasen der Aus- und Einwanderung erlebte, stellten Ausländer während der Wiedervereinigung nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung dar. Dennoch brauchte es von Beginn an
couragiertes Handeln für gesellschaftliche Teilhabe für alle sowie aktives Eintreten

gegen Diskriminierung und Rassismus. In dieser wichtigen Tradition stehen die Mitglieder von MIGRANET-MV. Seit 2009 vertreten Sie die Interessen und Bedürfnisse einer wachsenden Zahl von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Dabei nehmen Sie urbane Räume sowie ländliche Regionen gleichermaßen in den Fokus und festigen auch auf diese Weise den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Heute ist MIGRANET-MV ein fest etablierter Partner für die Politik. Sie wirken an den Integrationskonzepten des Landes mit, qualifizieren Migrantenselbstorganisationen und bringen sich über den Dachverband der Migrantenorganisationen Ostdeutschland und den Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat überregional und auf Bundesebene ein. Ich kann zum Beispiel auf Ihre Mitwirkung beim Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung über die Einbindung der Dachverbände zählen. Mir ist es wichtig, dass Migrantenselbstorganisationen eine starke Stimme in Deutschland haben. Denn auch in der Integrationspolitik gilt: „Nothing about us without us“ – also „keine Entscheidung über uns – ohne uns“.

Sie haben von Schwerin bis Greifswald, von der Küste bis zur Seenplatte ein Netzwerk aufgebaut, das sich mit ganzer Kraft für mehr Integration vor Ort einsetzt. Dafür gebührt Ihnen Respekt und Anerkennung. Ich freue mich, auch künftig mit Ihnen zusammenzuarbeiten!

Ihre Annette Widmann-Mauz

Schriftliches Grußwort des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat am 18./19.5.2019 in Schwerin von Staatssekretär Dr. Markus Kerber anlässlich des 10-jährigen Jubiläums (verlesen von Frau Inna Kirsanova)

Herzliche Gratulation zu Ihrer langjähren Initiative, die die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern untereinander koordiniert. Ich freue mich darüber, dass Sie an mich herangetreten sind, um Ihnen ein Grußwort zu übermitteln, denn der Dialog mit den Migrantenorganisationen ist mir ein sehr wichtiges Anliegen und ist in den vergangenen Jahren ausgeweitet worden. In Kürze wird im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine Fachgesprächsreihe mit Migrantenorganisationen beginnen, in der neben anlassbezogenen Treffen regelmäßig über alle Themen von gegenseitigem Interesse beraten werden soll.

Für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind die hauptsächlichen Dialogpartner naturgemäß in erster Linie große und überregional tätige Migrantenorganisationen, in der Mehrzahl Dachverbände. Noch haben wir große Wissenslücken in Hinblick auf die Organisationslandschaft der Migrantenorganisationen in den einzelnen Bundesländern und ihre spezifischen Ausdifferenzierungen. Auch deshalb fördert das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine groß angelegte Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) mit dem Titel „Migrantenorganisation als Partner von Politik und Zivilgesellschaft: Interessenvertreter - Dienstleister im Wohlfahrtsstaat - Brückenbauer der Integration“.

Ich bin mir insbesondere durch den Dialog mit DaMOst darüber bewusst, dass die Migrantenorganisationen in den ostdeutschen Bundesländern vor spezifischen Herausforderungen stehen. Die Entwicklung des Dachverbandes DaMOst im vergangenen Jahr wurde maßgeblich durch die Förderung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge unterstützt, nachdem zahlreiche Initiativen und Organisationen in den ostdeutschen

Bundesländern sich schon seit den 1990er Jahren um Vernetzung bemühten. Allein ca. 50 Organisationen kommen aus Mecklenburg-Vorpommern - eine beeindruckende Zahl.

Die erfolgreiche Vernetzung ist ein wichtiger Schritt, um spezifisch ostdeutsche Sichtweisen beim Thema Integration besser vertreten zu können. Denn trotz oder gerade wegen der im Vergleich zu anderen Ländern geringeren Zahl von Migranten, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliche Initiativen, zu denen ich auch Ihre Organisationen zähle, sich für den Zusammenhalt in der vielfältigen Gesellschaft einsetzen. Viele Studien zeigen, dass der direkte - und positive - Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zu einem guten Integrationsklima beiträgt. Ihre Organisationen können hier einen wichtigen Beitrag leisten, um Brücken in die Mehrheitsgesellschaft zu bauen, Vorurteile abzubauen und zu einem guten Miteinander in Deutschland beizutragen. Für Ihren Kongress wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Verlauf mit einer guten Diskussion.

Ihr Dr. Markus Kerber

Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Schriftliches Grußwort der Stiftung Nord-Süd-Brücken von Geschäftsführer Herr Andreas Rosen anlässlich des 10-jährigen Jubiläums (verlesen von Frau Inna Kirsanova)

Liebe Kolleg*innen,

herzlichen Glückwunsch zum 10-jährigen Bestehen von MIGRANET-MV.

Eure Arbeit ist politisch und gesellschaftlich sehr wichtig, Ihr bietet dem Rassismus, Nationalismus und Rechtspopulismus die Stirn und antwortet mit weltoffenen und solidarischen Konzepten einer diversen Gesellschaft. Wir wünschen Euch ein schönes Fest, lasst Euch feiern und dann geht die gemeinsame Arbeit weiter!

Liebe Grüße und ein "A luta continua" senden die Kolleg*innen der Stiftung Nord-Süd-Brücken!

Andreas Rosen, Stiftung Nord-Süd-Brücken

Resolution MIGRANET-MV: für ein Europa der Solidarität, des Pluralismus und der Menschenrechte

MIGRANET-MV ruft die demokratischen Parteien dazu auf, sich im Wahlkampf klar und deutlich für ein Europa der Solidarität, des Pluralismus und der Menschenrechte auszusprechen und sich gegen alle Arten des Nationalismus und des Rassismus zu positionieren.

Wir rufen alle Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem die, die bei der Kommunal- und Europawahl wahlberechtigt sind auf, wählen zu gehen und ihre Stimme ausschließlich den demokratischen Parteien zu geben, und zwar den Parteien, die sich für Vielfalt und ein friedliches Leben zwischen Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener Herkunft in unserem Land einsetzen.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen wollen wir nochmals unsere Forderung zur Einführung des ***Wahlrechts für alle*** erneuern. Viele der Nicht-EU-Ausländer*innen sind in unserem Land vom Kommunalwahlrecht ausgeschlossen. Gerade in einer Kommune, wo Integration und das Zusammenleben stattfinden, wäre es sehr wichtig, diesen Menschen politische Teilhabe zu ermöglichen und sie zu fördern.

Die demokratischen Parteien sind aufgefordert, Menschen mit Migrationshintergrund als aktives und passives Wählerpotential zu erkennen und ihre Themen im Kommunalwahlkampf zu berücksichtigen.

Wir begrüßen, dass Menschen mit Migrationshintergrund für die Kommune des Landes kandidieren. Obwohl sogenannte Drittausländer*innen nicht über das Kommunalwahlrecht verfügen, haben viele davon Ehepartner*innen, Kinder und Freunde, die das Wahlrecht ausüben und Einfluss nehmen können, die demokratischen Parteien zu wählen und so die Wahlergebnisse beeinflussen.

Für die Kommunen in der neuen Legislaturperiode kandidieren einige Migrant*innen der demokratischen Parteien, zwar nicht so viele, wie der MIGRANET-MV es sich wünscht, aber es sind erste Signale für die Öffnung der demokratischen Parteien.

Wir wünschen uns außerdem, dass Kandidat*innen mit Migrationshintergrund gewählt werden können und daher rufen wir dazu auf, diese auch zu wählen.

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock

einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV 18.05.-19.05.2019

in der Landeshauptstadt Schwerin

Resolution zur Sprachmittlung in MV

Wir fordern die Verbesserung von Bildungschancen für Kinder aus zugewanderten Familien durch den Einsatz von Sprachmittlerpools.

Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen hängen sehr stark von der Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen Kita und Schule und der Familie des Kindes bzw. Jugendlichen ab. Unabhängig von der Dauer des Aufenthaltes in Deutschland und vom Aufenthaltsstatus können dabei sprachliche und kulturelle Barrieren wirksam sein und eine Verständigung erschweren.

Um die Kommunikation zu ermöglichen, kommen häufig – teilweise minderjährige - Schülerinnen und Schüler als Dolmetschende zum Einsatz. Oftmals übersetzen sie selbst in den sie betreffenden Angelegenheiten. Damit steht zum einen die Qualität und Vollständigkeit sowie Korrektheit der Übersetzung in Frage, und zum anderen wird Minderjährigen – möglicherweise unbewusst - eine Verantwortung übertragen, der sie nicht gerecht werden können. Ergebnisse solcher Gespräche können aber in Entscheidungen münden, die maßgebend für den weiteren Bildungsweg des Kindes sind.

Die verantwortlichen Institutionen sollten sich bewusst sein, wie wichtig es ist, in solchen Situationen geschulte und nicht persönlich involvierte Sprachmittelnde oder Dolmetschende zu nutzen. Ressourcen dafür stehen in Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung, personell beispielsweise mit den vier kommunal und landesgeförderten Sprachmittlerpools, und finanziell mit dem Budget des Bildungsministeriums. Der Einsatz dieser Ressourcen kann nicht nur die Qualität der Zusammenarbeit zwischen Schule und Familie verbessern, sondern präventiv wirken, indem Konflikte sich nicht verschärfen oder eskalieren.

Die Erfahrung in verschiedenen Regionen des Bundeslandes zeigt, dass diese Ressourcen noch nicht flächendeckend und bedarfsgerecht genutzt werden.

Wir fordern, das Personal in Kitas und Schulen für die Notwendigkeit der Nutzung von vorhandenen Sprachmittelnden zu sensibilisieren und sie besser über die Möglichkeiten und Abläufe zu informieren. Ferner sollte der angespannten Personalsituation an den Schulen durch unbürokratische Abläufe Rechnung getragen werden.

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock

einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-

18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin

Resolution zur geplanten Abschiebehaft in Glückstadt

MIGRANET-MV kritisiert die geplante Abschiebehafteinrichtung in Glückstadt und rät der Landesregierung ihre Pläne nicht weiter umzusetzen. Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sollte stattdessen unabhängige Beratungsstellen zu Bleibeoptionen oder zur freiwilligen Ausreise fördern. Überlegungen zur Humanität müssen im Umgang mit Migrant*innen und Asylsuchenden stets vorne anstehen.

Anfang 2020 soll in Glückstadt eine Abschiebehafteinrichtung in Betrieb genommen werden. Die Haftanstalt soll in einer ehemaligen Kaserne eingerichtet und von den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam betrieben werden. Mecklenburg-Vorpommern hatte lange Jahren keine Abschiebehafteinrichtung und verzichtete weitestgehend auf die Inhaftierung von Menschen vor ihrer Abschiebung. MIGRANET-MV begrüßte dies. Denn die Praxis von Abschiebehafteinrichtungen zeigt, dass dort Menschen ihrer Freiheit beraubt werden, deren einzige Schuld es ist, ihre Ausreise verweigert zu haben. Die Betroffenen sitzen oft ohne Rechtsbeistand in Haft, da ihnen keine Pflichtverteidiger zugeordnet werden. Seit 2015 war etwa jeder dritte Abschiebehaftantrag, der dem Bundesgerichtshof vorgelegt wurde, rechtswidrig.

Oft wird auch Familien mit Kindern die Freiheit entzogen, die erst recht keine Straftaten begangen haben können. Inhaftierung Minderjähriger widerspricht dem Kindeswohl. Die Landesregierung sollte dringend von den Plänen absehen in Glückstadt auch Kinder und Jugendliche unterzubringen.

MIGRANET-MV betrachtet Abschiebehaft als inhuman und diskriminierend. Abschiebehaft löst keine Probleme, die vermeintlich durch Migration entstehen, sondern verletzt die Rechte der betroffenen Menschen. Menschenrechte sind allgemein gültig und müssen auch vollumfänglich für die geflüchteten, asylsuchenden und auch ausreisepflichtigen Menschen gelten.

Generell fehlt vielen ausreisepflichtigen Menschen die Möglichkeit zur Beratung hinsichtlich einer Perspektive in Deutschland oder andernorts. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf die Integration der Zugewanderten zu unterstützen, statt Abschiebehaft und „Ankerzentren“ zu bauen. Für ausreisepflichtige Menschen sollte die Landesregierung unabhängige Beratungsstellen fördern, die zu bestehenden Bleibeoptionen, z.B. für gut integrierte Geduldete, oder einer möglichen freiwilligen Ausreise im Sinne der Rückkehr oder Weiterreise Beratungen anbieten können.

Auch sollte strukturell gewürdigt werden, dass Migrant*innen an vielen Stellen wichtige Beiträge für die Gesellschaft leisten. Die Landesregierung ist hier aufgefordert, die Motivation vieler Zugewanderter aufzugreifen und auf Bundesebene in den derzeit diskutierten Gesetzesentwürfen den Spurwechsel ernsthaft voranzubringen.

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock

Einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-

18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin

R E S O L U T I O N

Individueller Zugang für zugewanderte Kinder und Jugendliche – Gelebte Inklusion

Im 70. Jahr des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass in Deutschland nicht nur ein Recht auf Bildung besteht, sondern für alle Kinder und Jugendlichen Schulpflicht gilt – sowohl für die allgemeine als auch für die berufliche Bildung. Die Regelungen dazu obliegen den einzelnen Bundesländern und sind im Land Mecklenburg-Vorpommern im Schulgesetz verankert.

Unsere Wertegemeinschaft in Deutschland trägt Verantwortung dafür, dass entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen keine Ausgrenzungen bestimmter Gruppen bei der Inanspruchnahme ihrer Rechte und Pflichten erfolgt. Das muss auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Bildung gelten, zu der ihnen der Zugang ebenso zu gewähren ist, wie jeder anderen Person.

Mit dem Ende der allgemeinen Schul- und Berufsschulpflicht muss aber besonders für diese Gruppe ein individueller Zugang zu weiteren Bildungswegen bestehen bleiben, um sicherstellen zu können,

dass u. a.

Bildungsinhalte vermittelt werden können, die sich mit Fragen unserer Wertegemeinschaft und unseres Demokratieverständnisses auseinandersetzen,

dass Mädchen und junge Frauen über ihre Rechte zur Gleichstellung in unserer Gesellschaft aufgeklärt werden können, und

dass Jungen und junge Männer ebenso zu Frauenrechten sowie dem Anspruch an eine werteorientierte und gewaltfreie Gesellschaft weitergebildet werden.

Besonders dann, wenn zugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene keinen lückenlosen und inklusiven Bildungsweg vorweisen können, liegt es in unserer Verantwortung, ihnen durch Bildung eine gute Integration zu ermöglichen, ihnen dadurch einen Weg zu bahnen, der sie aus der Armut führen kann und ein friedliches, gewaltfreies Leben sichert.

Um das zu erreichen, besteht die Notwendigkeit der Modernisierung unseres Bildungssystems – hin zu einem wahrhaftigen System gelebter Inklusion,

wo Individualität aus unterschiedlichsten Gründen anerkannt wird,

welches Förderung dort ermöglicht, wo sie geboten ist – im Einzelfall auch über das gesetzliche Schulalter hinaus,

das die Ressourcen jeder einzelnen Person aufspürt und weiterentwickelt

und für alle Mitglieder unserer Gesellschaft, besonders aber für Kinder und Jugendliche globale Wissenszugänge sichert – für eine bunte und vielfältige Gesellschaft, bei der vorhandene Kompetenzen auch jenseits klassischer Bildungskarrieren anerkannt werden.

Verschenken wir nicht unsere Möglichkeiten, die uns ein inklusives Bildungssystem bietet!

Zu uns geflüchtete oder zugewanderte Menschen an ihrer Integration zu hindern, in dem wir ihnen Bildungszugänge erschweren oder gar verwehren, wird sich negativ auf unsere gesamte Gesellschaft auswirken und sie widerspricht unseren gesetzlichen Bestimmungen.

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock

Einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-

18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin

Resolution zum Schutz vor Gewalt für alle Frauen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus!

Am 01.02.2018 trat die Europaratskonvention als das erste völkerrechtlich bindende Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt für Deutschland in Kraft. Die Istanbul-Konvention ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, den Frauen Schutz vor Gewalt zu gewährleisten und weitere Gewalt gegen Frauen zu verhindern, der von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen begrüßt wurde.

Deutschland ist ein Land, in dem die Anzahl der Gewalttaten gegen Frauen weiterhin sehr hoch ist. Mit der Ratifizierung der 81 Artikel der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland verpflichtet, umfassende Maßnahmen zur Prävention, Intervention, Schutz und zu rechtlichen Sanktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen. Für die von Gewalt betroffenen oder bedrohten Frauen sollen die nötigen Hilfsdienste bereitgestellt werden. Deutschlandweit mangelt es jedoch an Plätzen in Frauenhäusern und die Kapazitäten in Beratungsstellen sind sehr beschränkt, so dass Frauen, die Schutz suchen und auf Hilfe Dritter angewiesen sind, oft abgewiesen werden oder mit langen Wartezeiten rechnen müssen.

Diese Missstände erfordern ein sofortiges Handeln, das parallel auf der Bundes-, Landes-, und Kommunalebene erfolgen muss, denn körperliche Unversehrtheit ist ein unmittelbares Menschenrecht, das allen Frauen in Deutschland zusteht, unabhängig von ihrer Herkunft, Wohnort, Aufenthaltsstatus, sozialem Status, Kultur oder körperlicher Verfassung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen mit Vorbehalten gegen den Artikel 59 ratifiziert, was zur Konsequenz hat, dass sich die volle rechtliche Wirkung für Frauen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder gesicherten Aufenthaltsstatus nur eingeschränkt entfalten kann: Wird nämlich ein eigenständiger Aufenthaltsstatus an eine dreijährige Ehebestandszeit geknüpft, wird vielen Migrantinnen und geflüchteten Frauen der Zugang zu dringend notwendigen Hilfen verwehrt. Das führt zur deutlichen Abschwächung des Gewaltschutzes.

Wir fordern, die Istanbul-Konvention ohne Vorbehalte umzusetzen.

Wir fordern, dass das Aufenthalts- und Asylrecht so geändert wird, dass der gleiche Rechtschutz vor Gewalt für geflüchtete Frauen auch ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sichergestellt wird, der Frauen ohne Migrations- und Fluchtgeschichte selbstverständlich zusteht.

Wir fordern, dass ausreichende Finanzierung von Schutz und Hilfe dringend bundesrechtlich verankert wird.

Wir fordern einen eigenständigen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt bundesgesetzlich zu verankern.

Wir fordern, die dreijährige Ehebestandszeit bis zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltstitels aufzuheben.

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
Einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-
18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin

Resolution Frauenrechte

Wir begrüßen die Interkulturelle Öffnung der Institutionen in MV. Wir als MSO wollen den Prozess aktiv und partizipativ begleiten.

Wir begrüßen die Interkulturelle Öffnung des Landesfrauenrates. Landesfrauenrat und sein politisches Engagement für Frauen unterstützt die Frauenrechte und deren Umsetzung in der Praxis.

In den letzten Jahren sind viele neue MSO von Migrantinnen für Migrantinnen entstanden. Die Zusammenarbeit mit dem Frauenrat kann die Forderungen mit Migrantinnen unterstützen. Ohne migrantische Perspektive in den Regelstrukturen, kann die Inklusion und Integration nicht durchgesetzt werden. Die Gleichstellung von Migrantinnen muss auch in MV praktiziert werden.

Gleichstellung bedeutet, dass jede Frau* in diesem Land die gleichen Chancen, Rechte, Möglichkeiten und Ressourcen hat und erreichen kann. Gleichstellung bedeutet für uns nicht nur Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*, sondern beinhaltet auch

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI*). Mehrfachdiskriminierung beschreibt die Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen, etwa Rassismus und Sexismus. Migrantinnen* sind immer mindestens von zwei diskriminierenden Kategorien betroffen: wegen ihres Geschlechts und von Rassismus. Ethnizität, Gender, sexuelle Identität, sexuelle Orientierung, Behinderung, Alter, Klasse, Mütterfeindlichkeit usw. können nicht einzeln betrachtet, sondern ergeben zusammen eine eigene Diskriminierungserfahrung. Wir verpflichten uns, diese mehrdimensionalen Diskriminierungserfahrungen aktiv zu bekämpfen, denn wir wissen, wie vielfältig und unterschiedliche die Faktoren sind, die zu Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen führen.

- Strukturelle und institutionelle Diskriminierung betrifft Migrantinnen* im Osten in einem anderen Maße als in Westdeutschland
- Politische, kulturelle und soziale Teilhabe ist deutlich eingeschränkt, weil die Sichtbarkeit von Migrantinnen* auf ostdeutschen Straßen deutlich geringer ist
- Insbesondere Migrantinnen* arbeiten im Niedriglohnsektor. Equal pay gibt es für Frauen* in Deutschland nicht, und noch viel weniger für Frauen* mit Migrations- bzw. Fluchtgeschichte
- Mehrfachdiskriminierung trifft Migrantinnen*, People of Colour (PoC*) und Trans*Personen ungleich stärker beispielsweise in der Gesundheitsversorgung, Ämtern, Arbeitsmarktzugang, im Bildungssystem.
- Kinderbetreuung geht alle an!
- Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention hat Deutschland sich verpflichtet, umfassende Maßnahmen zur Prävention, Intervention, Schutz und zu rechtlichen Sanktion gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen. Gewalt an Frauen* ist

unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Kultur. körperliche Unversehrtheit ist ein Menschenrecht!

Wir fordern, eine Quotenregelung für Migrantinnen* in politischen und sozialen Institutionen

Wir fordern Zugang für Migrantinnen* zu qualifizierten Stellen auf dem Arbeitsmarkt

Wir fordern Vernetzungsstrukturen für Migrantinnen* zu stärken, Plattformen zu organisieren, niedrigschwellige Mikrokredite für migrantische Unternehmerinnen*

Wir fordern eine stärkere Einbindung von Frauen*/Müttern* ins Bildungssystem, damit die interkulturelle Öffnung und Wertschätzung sowie das Empowerment von mehrsprachigen Kindern an Kita, Schulen etc. unterstützt wird

Wir fordern, neben kultursensiblen Schulungen, Trainings und Fortbildungen auch den gendersensiblen Ansatz in den Fokus nehmen.

Wir fordern Betreuungsangebote für Kinder. Sie müssen von staatlicher Seite vorgehalten werden, aber auch private Träger – von Integrations- und Sprachkursen – sollten ein flexibles Betreuungssystem vorhalten. Damit jede Frau* mit Migrations- und Fluchtgeschichte an sozialen, kulturellen und politischen Angeboten teilhaben kann.

Wir fordern einen diskriminierungsfreien Zugang zu Frauen*häusern für alle Frauen*; Förderung von migrantischen Begleit-, Beratungs- und Aufnahmestrukturen; dezentrale und sichere Unterbringungen von geflüchteten Frauen* und Kindern sowie die finanzielle Förderung für Monitoring-Prozessen zum Gewaltschutz;

Wir fordern das Ende von Abschiebungen von Sintizza* und Romnja* und geflüchteten Frauen* in alle Kriegs- und Krisengebiete; eine de facto Anerkennung des geschlechtsspezifischen Asyls für von Genitalverstümmelung, Vergewaltigung und Zwangsehen betroffene Frauen*,

Wir fordern das Ende von diskriminierenden, übergriffigen, menschenunwürdigen und rassistischen Tests für LSTI*-Geflüchtete

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock

beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-

18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin

Resolution

MIGRANET-MV: für ein Europa der Solidarität, des Pluralismus und der Menschenrechte

MIGRANET-MV ruft die demokratischen Parteien dazu auf, sich im Wahlkampf klar und deutlich für ein Europa der Solidarität, des Pluralismus und der Menschenrechte auszusprechen und sich gegen alle Arten des Nationalismus und des Rassismus zu positionieren.

Wir rufen alle Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem die, die bei der Kommunal- und Europawahl wahlberechtigt sind auf, wählen zu gehen und ihre Stimme ausschließlich den demokratischen Parteien zu geben, und zwar den Parteien, die sich für Vielfalt und ein friedliches Leben zwischen Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener Herkunft in unserem Land einsetzen.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen wollen wir nochmals unsere Forderung zur Einführung des ***Wahlrechts für alle*** erneuern. Viele der Nicht-EU-Ausländer*innen sind in unserem Land vom Kommunalwahlrecht ausgeschlossen. Gerade in einer Kommune, wo Integration und das Zusammenleben stattfinden, wäre es sehr wichtig, diesen Menschen politische Teilhabe zu ermöglichen und sie zu fördern.

Die demokratischen Parteien sind aufgefordert, Menschen mit Migrationshintergrund als aktives und passives Wählerpotential zu erkennen und ihre Themen im Kommunalwahlkampf zu berücksichtigen.

Wir begrüßen, dass Menschen mit Migrationshintergrund für die Kommune des Landes kandidieren. Obwohl sogenannte Drittausländer*innen nicht über das Kommunalwahlrecht verfügen, haben viele davon Ehepartner*innen, Kinder und Freunde, die das Wahlrecht ausüben und Einfluss nehmen können, die demokratischen Parteien zu wählen und so die Wahlergebnisse beeinflussen.

Für die Kommunen in der neuen Legislaturperiode kandidieren einige Migrant*innen der demokratischen Parteien, zwar nicht so viele, wie der MIGRANET-MV es sich wünscht, aber es sind erste Signale für die Öffnung der demokratischen Parteien.

Wir wünschen uns außerdem, dass Kandidat*innen mit Migrationshintergrund gewählt werden können und daher rufen wir dazu auf, diese auch zu wählen.

Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock

einstimmig beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV18.05.-19.05.2019

in der Landeshauptstadt Schwerin

FABRO FÖRDERVEREIN
DES MIGRANTENRATES
DER HANSESTADT ROSTOCK

friedliches

Frau Raisa Dadik
MIGRANET-MV, Kern e.V.

Frau Stefanie Drese
MIGRANETMV

Hotel
Schweriner Tor
sky Casilino BAR